

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 3 / 1975 – September

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Seit mehr als einem Jahr hält nun die Krise mit absoluten Wachstumsverlusten in der Bundesrepublik an. Aussichten auf baldige Belebung bestehen nicht. Die Prognosen werden im Gegenteil laufend nach unten korrigiert.

Zum wichtigsten Kennzeichen der Krise ist der Exporteinbruch und der Rückgang des Welthandels geworden, der die BRD mit ihrer einseitigen Ausrichtung auf die Warenausfuhr besonders trifft. Allein der wachsende Außenhandel mit den sozialistischen Ländern stößt – neben den Einfuhren der OPEC-Länder – ein gewisses Gegengewicht dar, das allerdings nichts an der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise ändert.

Während sich die Außenhandelsprobleme zuspitzen, bleibt die Inlandsnachfrage gedämpft. Die Investitionen sinken erwartungsgemäß weiter – trotz Investitionszulage. Eine immer noch sinkende Kapazitätsauslastung läßt eine Belebung der Investitionstätigkeit in absehbarer Zeit nicht erwarten.

Auch dem Staat gelingt es nicht, eine eindeutigen antizyklische Ausgabenpolitik zu betreiben. Vor allem die Auftragsvergabe für öffentliche Investitionen scheitert an Finanzierungsproblemen. Das Defizit der öffentlichen Hand wird voraussichtlich mit 60 Mrd. DM die ursprünglichen Prognosen noch um 10 Mrd. DM übertreffen. Ursache dafür sind jedoch nicht zusätzliche Ausgaben, sondern die sinkenden Steuereinnahmen. Das gegenwärtig vorbereitete „Konjunkturprogramm“ in Höhe von 5 Mrd. DM wird angesichts von Ausgabenkürzungen bei Gemeinden kaum in der Lage sein, nennenswerte expansive Impulse auszustrahlen.

Die teilweise bereits praktizierten „Sparmaßnahmen“ im öffentlichen Dienst, die Kürzung von Stellenplänen und die Nichtbesetzung von existierenden Planstellen, vergrößern nicht nur das soziale Hauptproblem der Krise, die Arbeitslosigkeit. Ebenso wie die geplanten Kürzungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung wirken sie prozyklisch, verringern die inländische Nachfrage und verlängern die Krise. Die forcierte Kampagne für den Abbau sozialer

Leistungen – mit beträchtlichem demagogischem Aufwand vorgetragen – wirkt zudem in die gleiche Richtung. Es kann von der Masse der Verbraucher nicht erwartet werden, daß sie auf Sparkonten zurückgelegte Gelder konsumwirksam verausgaben, wenn von einer „Lohnpause“ gesprochen wird, wenn die realen Verdienste sinken und die „Eigenbeteiligung“ bei der Krankenversicherung propagiert wird. Die Kampagne für die Demontage des Systems der sozialen Sicherung stellt nicht nur den im Windschatten der Krise vorgetragenen bisher gefährlichsten Angriff auf die Arbeiterklasse dar – sie ist zudem geeignet, die Krise selbst weiter zu verlängern.

Obwohl auch bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler zugeben, daß die Verbrauchernachfrage den „Schlüssel“ eines baldigen Aufschwungs darstellt, geht die Kaufkraft der Löhne und Gehälter weiter zurück. Inzwischen sinkt sogar das Realeinkommen pro Beschäftigten. Trotzdem propagieren die Unternehmer und Kreise der Bundesregierung für die kommende Lohnrunde eine „Lohnpause“. Es wird nicht zuletzt von der Kampfbereitschaft der gewerkschaftlichen Organisationen abhängen, damit die kommenden Tarifabschlüsse nicht erneut ein Beitrag zur Verschärfung der Krise werden.

Trotz verstärkter Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte nimmt die Arbeitslosigkeit wieder zu. Für den Winter 1975/76 wird schon heute mit mehr als 1,5 Millionen Arbeitslosen gerechnet. Die Personalpolitik der öffentlichen Hand tut das ihre, um diese Zahl noch zu vergrößern. Auch ein wirtschaftliches Wachstum im nächsten Jahr wird das Problem der Arbeitslosigkeit nicht lösen können. Erst nach mehreren Jahren raschen wirtschaftlichen Wachstums könnte wieder, so Bundeswirtschaftsminister Friderichs, ein „hoher Beschäftigungsstand“ erreicht werden. Damit aber ist nicht zu rechnen.

Weniger Arbeitslosigkeit darf also nicht passiv von einem „Aufschwung“ erwartet werden. Das kann nur das Ergebnis eines Kampfes gegen Entlassungen und insbesondere für eine expansive Personalpolitik der öffentlichen Hand sein.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Außenwirtschaft

2 Unternehmengewinne und Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Lohnsteuern
- 3.3 Preise
- 3.4 „Sparwelle“ und Massenkaufkraft
- 3.5 Soziale Demontage
- 3.6 Arbeitslosigkeit

1.1 Sozialprodukt

Die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung hinkten seit Beginn der Krise beträchtlich hinter der realen Entwicklung her. Bis in die Gegenwart schrumpft das reale Sozialprodukt, ohne daß eine „Tendenzwende“ sichtbar ist. Die Prognostiker der Konjunktur sahen sich daher gezwungen, in kurzen Abständen ihre Prognosen nach unten zu korrigieren und damit praktisch den Bankrott ihrer bisherigen Vorausschätzungen zu erklären.

Wachstumsprognosen für das reale Bruttosozialprodukt der BRD 1975 in Prozent

	Sachverständigenrat	For-schungs-institute ¹	WSI der Gewerkschaften	Bundesregierung	Institut d. Wirtschaft ²	DIW ³	Ifo-Institut
Nov. 1974	+ 2						
Jan. 1975				+ 2			
März 1975			1				
April 1975		0 bis + 1			+ 0,3		
Juni 1975				0			- 2,5 bis - 3
Juli 1975					- 3,5	- 2	

¹ Gemeinschaftsgutachten von 5 Wirtschaftsforschungsinstituten, darunter auch DIW und Ifo
² IW, das Institut der Unternehmer
³ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Westberlin

(Quellen: Wirtschaftswoche Nr. 31/75, S. 21; DIW-Wochenbericht Nr. 30/75; Wirtschaftskonjunktur, Monatsberichte des Ifo-Instituts Nr. 6/75, S. 6)

Die Prognosen vom Frühjahr stützten sich noch auf die Annahme, daß das Wirtschaftswachstum im zweiten Halbjahr wieder positiv sein würde. Es wurde bereits im Info 2/75 darauf hingewiesen, daß für diese Annahme schon damals keine reale Grundlage existierte, die Prognosen eher Ausdruck von Hoffnungen als von Analysen der wirtschaftlichen Lage waren.

Im ersten Halbjahr 1975 sank das reale Bruttosozialprodukt um mehr als 3 Prozent. In Erwartung, daß im zweiten Halbjahr der Exportrückgang zum Stillstand kommen, die private Nachfrage zunehmen und die Lager aufgestockt werden (demgegenüber bezeichnete nach dem Ifo-Konjunkturtest im Mai die Mehrheit der Unternehmer ihre Lagerbestände als noch zu hoch), hofft das DIW, daß der Wachstumsrückgang sich im zweiten Halbjahr verlangsamen wird.

Der Wachstumsrückgang – oder das „Unter-Null-Wachstum“, wie man in der Wirtschaftspresse beschönigend sagt – hält nun schon seit dem dritten Quartal 1974 ununterbrochen an. Dabei deutet auch für das laufende Quartal nichts darauf hin, daß sich diese Situation ändert.

1.2 Produktion

Die industrielle Produktion, der Kernprozeß der Wirtschaftsentwicklung, mußte weiter zurückgenommen werden. In den ersten 5 Monaten des Jahres 1975 lag sie durchschnittlich um 8 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Allein der Rückgang der industriellen Produktion in diesen 5 Monaten bedeutet einen Verlust von 24,6 Mrd. DM, gerechnet in Preisen von 1974. Umgerechnet auf die Erwerbstätigen ist das ein Betrag von fast 1000 DM pro Kopf.

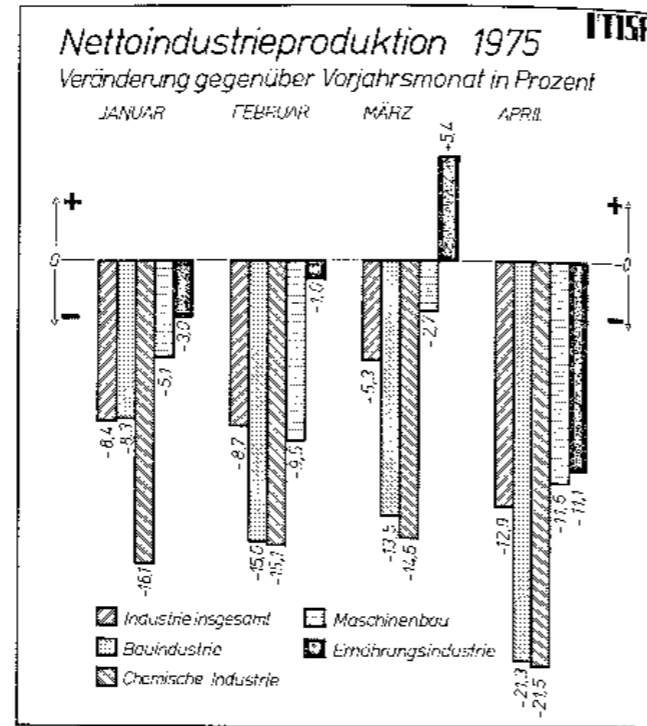
Veränderung der Nettoindustrieproduktion 1975 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Jan.	Febr.	März	April	Mai
Industrie insgesamt	- 8,4	- 8,7	- 5,3	- 12,1	- 5,5
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	- 12,8	- 13,5	- 14,4	- 18,8	- 16,0
Investitionsgüterindustrie	- 10,7	- 10,7	- 2,7	- 10,2	- 2,6
Verbrauchsgüterindustrie	- 7,5	- 7,5	- 4,2	- 13,4	- 0,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/75, S. 63*)

Auch im kurzfristigen Vergleich, bei dem Saisonschwankungen herausgerechnet sind, sinkt die industrielle Produktion weiter. Im Zeitraum April/Mai 1975 war sie noch um 2 Prozent niedriger als im Zeitraum Februar/März 1975. Die Hauptursache für diesen Rückgang war – schon die Tabelle zeigt das – die besondere Schwäche der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien.

Das macht auch ein Blick auf die Entwicklung einzelner Industriezweige deutlich.



(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 6/75, S. 357* ff.)

Es können in diesem Rahmen keine ausführlichen Erläuterungen gemacht werden, die die Problematik der hier verwendeten „Indices der industriellen Nettoproduktion“ aufdecken. Die oft heftigen Schwankungen des Produktionsverlaufs von Monat zu Monat – so viel sei gesagt – sind jedoch weniger auf tatsächliche Produktionsveränderungen als auf statistische Probleme zurückzuführen, die bei der rechnerischen Beseitigung von Kalenderunregelmäßigkeiten – wie die unterschiedliche Anzahl der Produktionstage – entstehen.

Es sollten daher aus einzelnen Monatsergebnissen keine zu weitreichenden Schlüsse gezogen werden. Aussagekraft besitzt erst ein Überblick über mehrere Monate.

Ergänzend sei der Produktionsverlauf bei einigen wichtigen Einzelprodukten aufgezeichnet.

Produktion ausgewählter Güter

	Jan.-April 1975	Jan.-April 1974	Veränderung in %
Walzstahl (1000 t)	11 199	13 484	- 17,0
Chemiefasern (t)	209 695	340 430	- 37,8
Pkw (Stück)	825 332	801 918	- 2,9
Fernseheräte (1000 Stück)	1184	1466	- 19,2
Fertiggestellte Wohnungen (Jan.-März)	46 921	68 196	- 31,2

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 6/75, S. 360* ff.)

Mit Ausnahme der Sonderentwicklung im Fahrzeugbau sind bei der wichtigsten industriellen Produkten teilweise drastische Produktionseinbrüche zu verzeichnen. Die Sonderentwicklung in der Automobilindustrie ist zu einem Teil auf die Wirkung der Investitionszulage zurückzuführen, die viele Gewerbetreibende, Freiberufliche und Unternehmen veranlaßte, ohnehin beabsichtigte Neuanschaffungen vorzuziehen. Das erklärt die Tatsache, daß die Pkw-Produktion nur relativ schwach unter dem Vorjahresstand lag, die Lkw-Produktion sogar

nach leicht um 0,2 Prozent zunahm. Zum größeren Teil liegt die Ursache aber in dem besonders tiefen Produktionseinbruch 1974. So wurden z. B. im April 1975 zwar 36 000 Pkw oder 15 Prozent mehr produziert als im April 1974, aber immer noch 20 000 oder 7 Prozent weniger als im April 1973, vor dem Beginn der mit der „Energiekrise“ sprunghaft zunehmenden Belastungen für die Autofahrer. Im Zweijahresvergleich betrachtet, befindet sich also auch die Automobilindustrie noch mitten in der Krise.

Während auf der einen Seite die Auftragseingänge der Industrie für die Konjunkturprognose als zentrales Datum benutzt werden und deren monatlichen Veröffentlichungen im letzten Jahr große politische Brisanz gewonnen haben, wird der verwendete „Index des Auftragseingangs bei der Industrie“ immer mehr als unzulänglich kritisiert. Er basiert – wie auch der Index der industriellen Nettoproduktion – auf Meldungen der Betriebe.

Bis zum Mai sind die Auftragseingänge auch gegenüber den Vormonaten im saisonbereinigten Vergleich weiter gesunken. Im Zeitraum April/Mai lagen sie noch um 1 Prozent unter den Werten von Februar/März.

Die Unterschiede zwischen der Inlands- und der Auslandsentwicklung sind immer noch deutlich. Jedoch auch im Inland zeichnet sich noch keine Belebung ab.

Industrielle Auftragseingänge 1975 in Prozent gegenüber dem Vorjahr

Aus dem Inland

	Industrie insgesamt	Grundstoffindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien
Januar	+ 1,2	- 2,7	+ 9,6	- 7,6
Februar	- 4,1	- 11,0	+ 1,2	- 2,8
März	- 9,7	- 16,3	- 3,7	- 10,2
April	+ 3,8	- 8,7	+ 15,6	- 4,9
Mai	- 13,7	- 17,9	- 11,6	- 10,4
Juni ¹	+ 36,1	- 10,9	+ 98,9	+ 7,7

Aus dem Ausland

	Industrie insgesamt	Grundstoffindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien
Januar	- 10,0	- 15,3	- 5,5	- 22,1
Februar	- 9,2	- 18,4	- 2,6	- 20,0
März	- 23,8	- 25,3	- 23,6	- 20,2
April	- 15,7	- 27,0	- 11,6	- 3,2
Mai	- 23,5	- 26,2	- 23,2	- 14,9
Juni ¹	- 15,4	- 25,3	- 11,9	+ 1,3

¹ Vorläufige Zahlen

(Quellen: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 6/75, S. 64; FAZ v. 2. 8. 1975)

Auffallend und nicht nur durch statistische Unzulänglichkeiten zu erklären ist die Entwicklung der Aufträge im Juni. Ursache des Auftragsprungs ist allein die Entwicklung der inländischen Bestellungen bei den Investitionsgüterindustrien. Vor allem der Maschinenbau und die Fahrzeugindustrie profitierten von einem regelrechten „Auftragschub“. Viele Firmen haben offensichtlich zahlreiche ohnehin beabsichtigte Neuanschaffungen in den Juni, den letzten Monat, in dem die Investitionszulage noch gültig war, vorgezogen. So führt z. B. Daimler-Benz zusätzliche Aufträge über 25 000 Lkw auf die Zulage zurück. Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA) teilte mit, daß die Aufträge in dieser Branche im Juni 128 Prozent höher waren als im Vormonat. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Zunahme von nominal 52 und real 39 Prozent. Für das ganze erste Halbjahr 1975 errechnet sich dagegen ein Auftragsrückgang von nominal 3 und real 7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (FAZ v. 29. 7. 75).

Schon die weiter rückläufige Entwicklung der Aufträge in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien macht deutlich, daß hinter dem „Auftragschub“ im Juni keine dauerhafte Belebung der industriellen Tätigkeit stehen kann. Es wird vielmehr erwartet, daß der Rückschlag in den kommenden Monaten um so größer sein wird. Ein positiver konjunktureller Effekt ist also mit der Junientwicklung nicht verbunden.

Insgesamt kann aus den Junizahlen weder auf eine wirtschaftliche Belebung noch auf eine Wirksamkeit der Investitionszulage im positiven Sinne geschlossen werden. Denn es ist zu erwarten, „daß die im Juni erteilten Aufträge in den Folgemonaten fehlen werden“ (HB v. 10. 7. 75). Das wird bestätigt durch die Ergebnisse des jüngsten Ifo-Konjunkturtests, in dem die Situation im Juni bereits berücksichtigt ist. „Die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate“, so faßt das Institut die Ergebnisse seiner auf Umfragen bei den Unternehmern beruhenden Untersuchung zusammen, „sind nach Auffassung der Firmen unverändert schlecht“ (Wirtschaftskonjunktur Nr. 7/75, P. 3).

1.3 Investitionen

Trotz der Sonderentwicklung im Juni hat sich die Investitionstätigkeit und die Investitionsplanung der privaten Wirtschaft auch im Wirkungszeitraum der Investitionszulage verschlechtert. Das Ifo-Institut stellte in seinem Investitionstest fest, daß die Investitionspläne weiter nach unten korrigiert wurden.

An der Erhebung beteiligten sich 4300 Unternehmen, auf die etwa 60 Prozent der industriellen Investitionen entfallen. 39 Prozent der Unternehmen (die Unternehmen wurden mit ihrem Firmenumsatz gewichtet) erklärten, im Frühjahr 1975 ihre nominalen Investitionsausgaben erhöhen zu wollen. 37 Prozent wollten sie kürzen. Der daraus errechnete Saldo von plus 2 zeigt, daß die Investitionstätigkeit nominal etwa stagnieren und real weiter zurückgehen wird, wenn die Pläne der Unternehmen im angegebenen Umfang realisiert werden. Bei der Befragung im Herbst 1974 überwogen bei einem Saldo von plus 9 nominal noch die expansiven Pläne deutlich, die offensichtlich inzwischen nach unten korrigiert worden sind (Ifo-Schnelldienst Nr. 17/75). Die industrielle Investitionstätigkeit, so wird angenommen, wird daher auch 1975 real rückläufig sein.

Reale Investitionen der verarbeitenden Industrie in Preisen von 1962

	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975 ¹
Brutto-Anlageinvestitionen in Mrd. DM	18,1	24,0	27,9	27,2	24,6	23,7	21,8	20,4
Veränderung in % geg. Vorjahr	- 2,2	+ 32,6	+ 16,3	- 2,5	- 9,5	- 3,7	- 8,0	- 6,4

¹ Laut Planungen

(Quelle: Ifo-Schnelldienst Nr. 17/75; eigene Berechnungen; vgl. Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/75, S. 617 ff.)

Hauptziele der Investitionstätigkeit sind – das bestätigt im wesentlichen die Untersuchung vom Herbst 1974 (vgl. Info 4/1974) – Rationalisierung und Ersatzbeschaffung.

Hauptziele der Investitionstätigkeit der verarbeitenden Industrie

	1973	1974	1975 ¹
Kapazitätserweiterung	41 %	34 %	28 %
Rationalisierung	42 %	45 %	46 %
Ersatzbeschaffung	17 %	21 %	26 %
	100 %	100 %	100 %

¹ Planungen laut Ifo-Test Frühjahr 1975

(Quelle: ebd.)

Bisherige Lohnabschlüsse 1975: Verzicht auf aktive Lohnpolitik

Die Lohnabschlüsse in der Bauindustrie, in der Metallindustrie, im öffentlichen Dienst sowie bei der Bahn und der Post gleichen noch nicht einmal die zu erwartenden Preissteigerungen aus, gar nicht zu reden von der wachsenden Produktivität und den erhöhten Belastungen vor allem durch die erhöhten Arbeitslosen- und Krankenkassenbeiträge. Sie entsprechen daher nicht den Prinzipien einer aktiven Lohnpolitik. In keinem Tarifabschluß wurde erreicht, was der IG Metall seit Jahren als Richtschnur diente, daß ein Tarifabschluß nur dann als gut zu bezeichnen ist, wenn er mindestens 75 Prozent der Ausgangsforderung erreicht.

Bei der Begründung ihrer Lohnforderungen gingen die Gewerkschaften davon aus, daß der gewerkschaftlichen Tarifpolitik in der gegebenen konjunkturellen Lage die Aufgabe zufalle, die wirtschaftlichen Auftriebskräfte von seiten des privaten Verbrauchs her zu unterstützen. Eine realistische Tarifpolitik mußte berücksichtigen, daß die Preissteigerungsrate 1975 keineswegs geringer sein wird als im Vorjahr, in dem sie 7 Prozent erreichte.

Die Tatsache, daß die Lebenshaltungskosten in den letzten Monaten des Jahres 1974 rückläufig waren, belegt keinesfalls einen Trendumbruch. Es handelte sich, wie die Gewerkschaften stets hervorhoben, um eine Sonderentwicklung, die darauf beruhte, daß um die Jahreswende 1973/74 die Ölpreise ihren Höchststand erreicht hatten. Gegenwärtig ist ein schneller Anstieg der Agrarpreise festzustellen. Im Frühjahr 1975 wird daher ein weiterer Anstieg der Preistraten erfolgen.

Die Lohnforderungen, die sich in den Gewerkschaften, unter Einbeziehung der Nebenforderungen, zwischen 10 und 14 Prozent bewegten, waren daher durchaus bescheiden, unter Berücksichtigung eines Anstiegs der Lebenshaltungskosten von 7 Prozent und einem Anwachsen der gesamtwirtschaftlichen Produktivität von 4 bis 5 Prozent. Die gewerkschaftlichen Forderungen waren verteilungsneutral; sie hatten keinen höheren Anteil am Sozialprodukt zum Ziel. Sie beinhalteten keinen preispolitischen Risikozuschlag.

Vergleichen wir die Ergebnisse der bisherigen Tarifabschlüsse mit dieser Ausgangslage, so ist die Behauptung des Vorsitzenden der IG Metall, Eugen Loderer, nicht nachzuvollziehen, daß der Tarifabschluß „eine Sicherung des Realeinkommens und einen Anteil am sicherlich bescheidenen Wachstum für die Arbeitnehmer“ bringen werde.

Wenn die Gewerkschaften davon ausgehen, daß die Steigerung der Massen-

kaufkraft ein wesentliches Antriebsmoment der Konjunktur ist, dann bleibt es unverständlich, wenn der Vorsitzende der ÖTV, Heinz Kluncker, den Abschluß im öffentlichen Dienst als vernünftig hinstellen konnte, der angeblich den wirtschaftspolitischen Gegebenheiten Rechnung trage und der Solidarität mit den Arbeitslosen und Kurzarbeitern entspreche. Auch Hubert Vomberg vom Hauptvorstand der GdED bezeichnete die Vereinbarung als einen Beitrag der Eisenbahner zu dem Bemühen um eine bessere wirtschaftliche Entwicklung. Solidarität mit den Kurzarbeitern und Arbeitslosen sowie ein Beitrag für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung hätten jedoch weitaus höhere Abschlässe erfordert, damit von ihnen Wachstumsimpulse ausgegangen wären.

Bei allem kritischen Beiwerk sind die Unternehmer deshalb mit den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen höchst zufrieden. Die „Frankfurter Allgemeine“ lobt das Einlenken der Gewerkschaften als „Muster der Vernunft“. Minister Maihofer habe bei seinen Verhandlungen den Bundeskanzler hinter sich gehabt, der gefordert hatte, daß der Abschluß im öffentlichen Dienst deutlich unter dem der IG Metall liegen müsse. Als einen ganz wesentlichen Erfolg der Metallindustriellen bezeichnet das „Handelsblatt“ das Ergebnis von Krefeld, in dem es gelungen sei, die Gewerkschaftsseite zu vergattern, die 6,8 Prozent bei den noch ausstehenden regionalen Lohn- und Gehaltsvereinbarungen nirgends zu überschreiten. Der Abschluß sei ein passabler Ausklang und das größte Plus der Krefelder Übereinkunft besteht nach Meinung des nordrhein-westfälischen Arbeitgeberverbandes darin, daß „der soziale Friede gewahrt werden konnte“.

Der Vorstand der IG Metall, der den regionalen Tarifkommissionen empfohlen hatte, das nordrhein-westfälische Ergebnis auch in den übrigen Tarifgebieten zu vereinbaren, meinte, daß er mit seiner Empfehlung den besonderen Gegebenheiten der aktuellen tarif- und

wirtschaftspolitischen Situation Rechnung getragen habe. Er unterließ es allerdings, diese besonderen Gegebenheiten näher darzustellen. Auf der 8. Angestellten-Konferenz der IG Metall wurde diese Empfehlung von mehreren Delegierten kritisiert, weil sie die verschiedenartige Situation in den einzelnen Tarifbezirken ungenügend berücksichtigte. Rolf Mahn stellte fest, daß die Saat der Unternehmer mit den 6,8 Prozent aufgegangen sei. Gerhard Lillienfeld forderte, der Strategie der Unternehmer eine Gesamtstrategie der IG Metall entgegenzusetzen, um der Tatsache Rechnung zu tragen, daß der Bezirk oder das Tarifgebiet, welches zuerst in eine Tarifrunde geht und zuerst ein Ergebnis erzielt, damit auch Daten für die anderen Bezirke setzt. Kurt Seiberlich meinte, daß es für die Höhe des Ergebnisses besser gewesen wäre, ein Tarifgebiet die Auseinandersetzung eröffnen zu lassen, das nur eine nackte Forderung, ohne Nebenforderungen, gestellt habe. Künftig sei eine bessere Tarifkonzeption nötig, da sonst der Moment kommen wird, „wo wir den Arbeitgebern nicht nur als Gewerkschaften, sondern auch politisch ins offene Messer laufen“.

Die Tarifabschlüsse werden auch damit gerechtfertigt, daß auf den eingeengten Aktionsspielraum verwiesen wird, der sich aus der relativ hohen Arbeitslosigkeit ergäbe. Hans Mayr, das für Tarifpolitik verantwortliche Vorstandsmitglied der IG Metall, warf seinen Kritikern vor („mich juckt es buchstäblich noch etwas anderes zu sagen“), daß sich in den Tarifgebieten zu wenig geregelt hätte. Der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, hatte jedoch zuvor ausdrücklich betont, daß die Aktionen in Nordrhein-Westfalen klargemacht hätten, „daß die Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer auch unter den Bedingungen größerer Arbeitslosigkeit nicht zu unterschätzen ist“. Mayr hatte selbst darauf verwiesen, daß diese Arbeitsniederlegungen die Unternehmer gezwungen hätten, von ihrem Sechs-Prozent-Diktat abzurücken.

Für die Verwirklichung einer aktiven Lohnpolitik stellt sich in jeder Lohnbewegung erneut die Frage, wie und unter welchen Umständen die Arbeiter und Angestellten mobilisiert werden können. Es dürfte unstrittig sein, daß unter den Bedingungen einer Wirtschaftskrise und einer größeren Arbeitslosigkeit die Mobilisierung schwieriger ist als unter den Bedingungen der Hochkonjunktur. Die Erfahrungen der Gewerkschaftsbewegung zeigen aber, daß dies möglich ist, wenn die Berechtigung der Forderung und ihre Realisierbarkeit bewiesen ist.

Die Kampfkraft ist jedoch niemals ein von vornherein Feststehendes. Diese muß stets neu geweckt und organisiert werden. Hier kommt den Vorständen eine besondere Aufgabe zu. Sie kön-

6,8 Prozent in Metallindustrie Diskriminierung der Frau bleibt

Die diesjährige Lohnrunde für die über 4 Millionen in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten ist gelaufen. Nach langwierigen Verhandlungen, die von Warnstreiks Zehntausender Metaller begleitet waren, gab die Tarifkommission in Nordrhein-Westfalen dem Druck der Unternehmer nach. Sie begnügte sich mit dem 6,8-Prozent-Kompromiß. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrages beträgt 13 Monate, was die 6,8 Prozent noch in einem anderen Licht erscheinen läßt.

Bekanntlich lagen die Forderungen in den einzelnen Bezirken unterschiedlich zwischen 11 und 14 Prozent. Hinzu kam das Verlangen nach Streichung der getarnten Leichtlohngruppe 2. Es gehe darum, so hatten IG-Metall-Funktionäre immer wieder betont, die vorhandenen diskriminierenden Lohngruppen zu beseitigen. Das sei ein Beitrag zum internationalen Jahr der Frau. Mit dem, was erreicht wurde, werden die Frauen sicherlich nicht zufrieden

sein. Sie bleiben weiterhin Arbeiterinnen zweiter Klasse.

Der neue Tarifvertrag sieht vor, daß der Lohnschlüssel der Lohngruppe 2 erst am 1. Januar des nächsten Jahres von 80 auf 82 Prozent des Ecklohnes angehoben wird. Trotz dieser geringfügigen Verbesserung, die in keiner Weise den Forderungen entspricht, gibt es erst am 30. Juni 1978 eine Kündigungsmöglichkeit dieser Bestimmung. Neben Verbes-

nen nicht warten, bis sich spontan etwas von unten regt, sondern müssen rechtzeitig die Weichen für Aktivitäten stellen und den Mitgliedern und Funktionären an der Basis grünes Licht für Aktionen geben. Wenn jedoch aus politischer Rücksichtnahme ein Hauptgegner der gewerkschaftlichen Forderung, die Bundesregierung, aus dem Feuer der Kritik herausgenommen wird, dann wird dadurch die Mobilisierung erschwert.

In der IG Metall wurde im Zusammenhang mit den „zentralregionalen Abschlüssen“ darüber diskutiert, ob es besser sei, Abschlüsse zentral oder regional vorzunehmen. Nach dem Verständnis der IG Metall ist dies kein Dogma. Entscheidend ist, daß höchstmögliche Ergebnisse erzielt werden. Bisher konnten noch keine überzeugenden Argumente vorgebracht werden, daß die 6,8 Prozent von Krefeld das höchstmögliche Ergebnis gewesen ist und daher den anderen Bezirken unbedingt zu empfehlen gewesen sei.

Wenn Hans Mayr darauf verwies, daß nicht zum ersten Mal ein regionales Ergebnis übernommen wurde, schon früher sei ein Abschluß Nord-Württembergs/Nord-Badens im ganzen Bundesgebiet akzeptiert und als ein großer Erfolg in allen Tarifkommissionen gewür-

digt worden, so ist hierzu zu bemerken, daß in beiden Fällen wesentliche Unterschiede bestehen. Das damalige Ergebnis entsprach weitgehend dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden. Es wurde, wie Mayr verwies, erzielt „nach über drei Wochen dauerndem Streik“. Die Kritiker des jetzigen Tarifabschlusses werfen der Führung der IG Metall gerade vor, daß die mögliche Kraftentfaltung nicht herbeigeführt wurde.

Der Verlauf der bisherigen Lohnbewegung zeigt, daß eine aktive Lohnpolitik und ihr entsprechende Ergebnisse nur durchgesetzt werden können, wenn die überwiegende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten bereit ist, die von ihr als richtig angesehenen Forderungen auch mit allen gewerkschaftlichen Kampfmitteln durchzusetzen. Das erfordert, die Gewerkschaftsmitglieder in allen Phasen der Lohnbewegung aktiv einzubeziehen und in einer umfassenden Aufklärung immer wieder nachzuweisen, daß die gewerkschaftlichen Forderungen berechtigt und erfüllbar sind. Das bedingt aber auch, allen Bestrebungen der Unternehmer und der Bundesregierung entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen, unter dem Vorwand einer angeblichen Versachlichung, die Lohnpolitik der Gewerkschaften an die Leine zu legen.

Heinz Schäfer

serungen der Leistungszulage zwischen 1 und 3 Prozent erhalten mit Wirkung ab 1. Januar 1976 erstmals Angestellte eine tarifliche Leistungszulage, die bis zu 8 Prozent des jeweiligen Tarifgehaltes beträgt.

Nach dem Abschluß der Tarifverhandlungen in Nordrhein-Westfalen hatte der IG-Metall-Vorstand den regionalen Tarifkommissionen in den anderen IG-Metall-Bezirken empfohlen, ebenfalls einem 6,8-Prozent-Kompromiß zuzustimmen, da den „Gegebenheiten der aktuellen tarif- und wirtschaftspolitischen Situation“ Rechnung getragen werden müsse. Ausdrücklich wurde vom IG-Metall-Vorstand betont, daß damit keineswegs eine Zentralisierung der Tarifverhandlungen angestrebt würde.

IG-Metall-Vorsitzender Loderer selbst bezeichnete den Tarifabschluß als „keinesfalls berauschender Erfolg auf dem Schlachtfeld der Umverteilung“. Es ist jedoch unschwer nachzurechnen, daß bei den bereits angekündigten und in den letzten Wochen wirksam gewordenen Preissteigerungen für die Güter des täglichen Bedarfs die 6,8 Prozent keine Sicherung des Realeinkommens bedeuten.

Bei vielen Metallarbeitern hat dieser Tarifabschluß, der noch nicht einmal einen Ausgleich für die Preissteigerungen bietet, Enttäuschung ausgelöst. Gegen die Annahme der 6,8prozentigen Tarifierhöhung hatten sich beispielsweise die 830 Vertrauensleute von Opel in Rüsselsheim in einer Vollversammlung gewandt. Sie kritisierten insbesondere, daß die Erhöhung nicht ausreichend und besonders ihre Forderung nach einem Sockelbetrag von 75 DM monatlich nicht berücksichtigt worden sei. Auf der 8. Angestelltenkonferenz der IGM am 20./21. Februar in Hamburg erklärte der Delegierte Klaus-Dieter Kremp: „Wenn wir uns ansehen, wie es zur Zeit hier in Norddeutschland aussieht und hören, was unsere Kollegen von den Werften berichten, wie sie zu malochen haben... werdet ihr verstehen, daß wir die 6,8 Prozent hier in Norddeutschland überhaupt nicht verstehen können.“ G.M.

Entscheidung gegen coop

Das Stuttgarter Arbeitsgericht entschied jetzt in einem Rechtsstreit gegen coop Schwaben, daß an alle Beschäftigten das 13. Monatsgehalt bzw. ein 13. Monatslohn gezahlt werden muß, unabhängig davon, ob der einzelne gewerkschaftlich organisiert ist oder nicht. Diese Entscheidung wird damit begründet, daß der Manteltarifvertrag für alle Beschäftigten gilt.

Diese Entwicklung muß allerdings vor dem Hintergrund der beiden vorangegangenen Jahre gesehen werden.

Als Beispiel seien die sechs großen Konzerne der Stahlindustrie angeführt.

Entwicklung der Stahlkonzerne der BRD im Jahre 1974

	Umsatz Mill. DM	% geg. Vorj.	Jahresüberschuß Mill. DM	% geg. Vorj.
Thyssen/Rhein Stahl	21 136	+ 78,0	339,6	+ 72,3
Hoesch-Hoogovens ¹ (Gulden)	10 198	+ 30,7	323,0	+ 90,2
Peine-Salzgitter	2 966	+ 33,8	280,0	+ 92,8
Krupp-Hüttenwerke	3 318	+ 26,8	75,9	+ 16,8
Mannesmann-Konzern	14 855	+ 60,1	257,4	+ 147,5
Klöckner-Konzern	2 991	+ 26,8	54,6	+ 2
	55 464		1330,5	+ 102,8

¹ 1 Gulden = 0,97 DM zum 31. 12. 1974

² Im Geschäftsjahr 1972/73 wurde ein „Verlust“ von 25 Mill. DM ausgewiesen, so daß eine prozentuale Steigerungsrate nicht berechnet werden kann.

(Quelle: Wirtschaftswoche 25/1975, S. 26; eigene Berechnungen nach Geschäftsberichten)

Wenn nun in der Wirtschaftspresse Meldungen auftauchen wie „Auch Krupp muß jetzt kürzer treten“ (HB. v. 19. 6. 1975), dann muß einmal berücksichtigt werden, daß die Gewinne der Stahlkonzerne sich im Vorjahr mehr als verdoppelt hatten. Zudem muß daran erinnert werden, daß es sich um ausgewiesene Gewinne handelt, die nur einen Bruchteil der tatsächlichen Profite ausmachen.

Im Gegensatz zu diesem Gewinnboom 1974 stand der Tarifabschluß des gleichen Jahres. Damals wurden Lohn- und Gehaltserhöhungen von 9 Prozent und die zweimalige Zahlung eines Sonderbonus von je 300 DM vereinbart. Dieses Ergebnis entsprach weder der konjunkturpolitischen Notwendigkeit, die Kaufkraft zu stärken, noch der Gewinnlage der Stahlkonzerne. Bei der diesjährigen Lohnrunde sollten diese Fakten im Auge behalten werden.

Obwohl die Gewinne 1975 allgemein nicht mehr im gleichen Umfang zuzunehmen scheinen, gibt es Bereiche mit nahezu unveränderten Gewinnzunahmen. Dazu gehören die Kaufhauskonzerne.

Der Karstadt-Konzern, der 1974 seinen Gewinn je Aktie um 30 Prozent auf 31 DM erhöhen konnte, rechnet für 1975 mit einer weiteren Erhöhung um 10 Prozent auf 34 DM. Die Kaufhof AG erwartet im laufenden Jahr eine Gewinnerhöhung um 9 Prozent, nachdem der Gewinn je Aktie 1974 schon um 13,7 Prozent von 13,80 DM auf 15,70 DM gestiegen war. Quelle (Schickedanz KG) meldet für das Geschäftsjahr 1974/75 zwar einen leicht um 11,7 Mill. DM verminderten Jahresüberschuß, der aber nur auf die außerplanmäßige Aufstockung der Pensionsrückstellungen zurückzuführen ist. Jahresüberschuß und Zuweisungen zu den Pensionsrückstellungen zusammen erhöhten sich um 9 Prozent auf 120 Mill. DM.

Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als der mittelständische Einzelhandel unter der Krise besonders zu leiden hat.

Unvermindert starke Zuwachsraten weist auch der Bankenbereich auf. Nachdem die Großbanken schon 1974 ihre Profite um fast 50 Prozent steigern konnten, „erscheinen Hoffnungen auf neue Rekordabschlüsse durchaus begründet“. Das Betriebsergebnis der Deutschen Bank stieg im 1. Halbjahr 1975 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 49 Prozent auf 267 Mill. DM, das der Dresdner Bank um 127 Prozent auf 283 Mill. DM, das der Commerzbank um 69 Prozent auf 199 Mill. DM (vgl. HB. v. 8./9. 8. 1975). Auch die Bayerische Vereinsbank verbesserte ihr Betriebsergebnis nochmals um 25 Prozent.

Die Automobilbranche, die 1974 teilweise in Schwierigkeiten geraten war, verbessert ihre Erträge im laufenden Jahr wieder deutlich. An der Spitze liegt dabei die Klöckner-Humboldt-Deutz AG, die von sowjetischen Großaufträgen profitiert. Hier wurde in den ersten vier Monaten des Jahres 1975 bereits das – schon 1974 gewachsene – Betriebsergebnis des Vorjahres erreicht. Die Daimler-Benz AG – schon 1974 ohne nennenswerte Gewinneinbußen – will 1975 „etwas mehr“ erreichen. Die Ford AG, die 1974 Ertragseinbußen hinnehmen mußte, vor-

zeichnet bereits wieder höhere Stückgewinne. Die Opel AG, die ebenfalls gelitten hatte, hofft, im laufenden Jahr wieder aufholen zu können. Und selbst das Sorgenkind der Automobilbranche, VW, meldet eine sich bessernde Ertragslage.

Der größte westdeutsche Elektrokonzern, die Siemens AG – im Geschäftsjahr 1973/74 mit 18 Prozent Gewinnzuwachs –, konnte in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 1974/75 schon die Ausschüttung des Vorjahres erwirtschaften, so daß insgesamt mit weiter steigenden Erträgen zu rechnen ist (nach Veröffentlichungen der Konzerne und Pressemitteilungen).

Es scheint den Konzernen also nach den bisher vorliegenden Informationen im großen und ganzen zu gelingen, trotz sich verschärfender Krise die Rekordgewinne des Vorjahres zumindest zu verteidigen, wobei vor allem die Branchen Warenhäuser, Banken und Versicherungen noch weitere Zuwächse verzeichnen.

Dagegen setzt sich der Prozeß der Ruinierung mittelständischer Existenzen unvermindert fort. Betroffen sind praktisch alle Bereiche.

In der Landwirtschaft nahm 1974 die Zahl der Betriebe unter 25 ha Betriebsfläche um 45 200 ab. (Im Vorjahr um 34 400, 1972 um 26 000.) Das sind mehr als 5 Prozent der Betriebe dieser Größenklasse (Agrarbericht 1975 der Bundesregierung, zit. in: IPW-Berichte 6/75, S. 68).

Die Zahl der Betriebe der Textilindustrie sank um fast 300 oder um 6 Prozent (HB. v. 4. 8. 75).

Für den Einzelhandel ist symptomatisch, daß die der Edeka-Gruppe angeschlossene Zahl der Betriebe um 1300 oder 4,5 Prozent in einer Jahr sank, wobei erstmals auch Betriebe mit Umsatzzahlen zwischen 250 000 DM und einer halben Million betroffen waren (HB. v. 18. 6. 75).

Spitzenreiter in „Pleiten“ ist aber immer noch die Baubranche. In den ersten 5 Monaten des Jahres 1975 lag die Zahl der Insolvenzen mit 57 fast 50 Prozent höher als im Vorjahr. Für 1975 wird mit 1600 Unternehmenszusammenbrüchen gerechnet, gegenüber 1141 im Vorjahr (HB. v. 21. 7. 75).

Insgesamt lag die Zahl der Insolvenzen in den ersten 6 Monaten des laufenden Jahres mit 4481 um 27,3 Prozent über dem Vorjahresstand (FAZ v. 14. 8. 75). Mindestens noch einmal soviel „stille Heimgänge“ – statistisch nicht erfaßte Firmenschließungen – müssen laut „Verband der Vereine Creditreform e. V.“ hinzugerechnet werden (HB. v. 8./9. 8. 75).

Die Tatsachen verweisen somit darauf, daß sich in der Krise die Stellung der kapitalistischen Großunternehmen und Konzerne festigt und erweitert, während der Bereich kleiner selbständiger Existenzen und kleiner und mittlerer Kapitalisten sprunghaft eingeschränkt und reduziert wird.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1. Löhne und Gehälter

Die Anfang dieses Jahres abgeschlossenen niedrigen Tarife für Arbeiter und Angestellte schlugen sich nun auch statistisch nieder. Insgesamt wurden im Zeitraum vom Januar bis April 1975 nach einer Mitteilung des Bundespreseamtes die Tariflöhne um durchschnittlich 6,8 Prozent erhöht. Betroffene dieser Abschlüsse waren 11,9 Millionen.

Tariflohn- und -gehaltsniveau auf Monatsbasis 1975

	Veränderung in % geg. Vorjahr
Januar	+ 10,3
Februar	+ 9,7
März	+ 9,6
April	+ 8,8
Mai	+ 8,0

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/75, S. 67*)

Lohnabhängige. Im Vorjahr betrugen die Tarifierhöhungen noch durchschnittlich 11,5 Prozent, so daß die Steigerungsrate nahezu halbiert wurde.

Nach stärker ist jedoch der Einbruch bei den Effektivverdiensten. Darin schlägt sich vor allem der Abbau von Überstunden, von übertariflichen Lohnbestandteilen und die Kurzarbeit nieder.

Löhne und Gehälter je Beschäftigten in der Industrie 1975

	Veränderung in % geg. Vorjahr
Januar	+ 10,9
Februar	+ 10,9
März	+ 7,1
April	+ 6,1

(Quelle: ebd.)

Die Lohndrift, verstanden als Differenz zwischen der Steigerungsrate von Tarif- und Effektivlohn, hat sich also in den letzten Monaten stark verringert. Damit zeichnet sich ab, daß die Effektivlohnerhöhungen deutlich unter die Preissteigerungsraten fallen und das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten auch pro Kopf sinken wird.

Auch die Summe der Arbeitseinkommen wächst nur noch langsam.

Summe der Löhne und Gehälter

	Bruttolöhne u. -gehälter in Mrd. DM	Veränderung in % geg. Vorjahr	Nettolöhne u. -gehälter in Mrd. DM	Veränderung in % geg. Vorjahr
1974, 2. Vierteljahr	117,3	+ 10,6	86,2	+ 9,2
3. Vierteljahr	119,2	+ 10,1	86,3	+ 8,1
4. Vierteljahr	127,2	+ 8,5	88,8	+ 6,1
1975, 1. Vierteljahr	113,3	+ 5,5	86,3	+ 6,3

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/75, S. 67*)

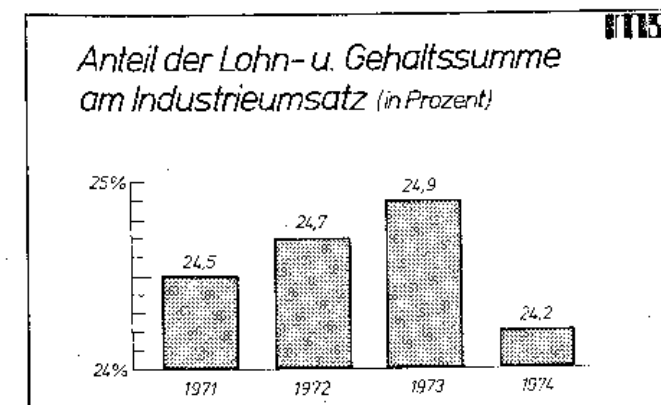
Besonders stark ist der Rückgang der Lohnsummen in der Industrie. Dort ging die Summe der Löhne und Gehälter (brutto) im April 1975 sogar leicht um 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück (Monatsbericht 7/75 des Bundesministeriums für Wirtschaft).

Die Lohnentwicklung führte – im krassen Gegensatz zu Unternehmerbehauptungen – zu einer Kostenentlastung der Betriebe. Die „Lohnkosten“, verstanden als Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz der Industrie, lagen schon 1974 unter dem Stand von 1971.

Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Industrieumsatz in Prozent

	1971	1972	1973	1974
	24,5	24,7	24,9	24,2

(Quelle: HB. v. 22. 5. 1975)



Dieser Trend setzt sich auch 1975 fort. Im April lag der Index der Löhne und Gehälter je Umsatzeinheit der Industrie (Ausgangsbasis 1970 = 100) mit 97,7 um 1 Prozent unter dem Vorjahresstand (BMWi-Monatsbericht 7/75).

3.2 Lohnsteuern

Die Lohnsteuereinnahmen des Staates gingen im ersten Halbjahr 1975 erstmals nach langer Zeit etwas zurück. Wie oben gezeigt, stiegen die Nettoarbeitseinkommen dementsprechend im Gegensatz zu den Vorjahren etwas stärker an als die Bruttoeinkommen (+ 6,3% netto gegenüber 5,5% brutto). Da aber auch die gesamten Steuereinnahmen von Bund und Ländern etwas sanken (– 0,1%), blieb der Anteil der Lohnsteuern am Gesamtaufkommen fast unverändert.

Lohnsteuereinnahmen jeweils im ersten Halbjahr

	In Mrd. DM	In % geg. Vorjahr
1971	18 865	–
1972	22 113	+ 17,2
1973	26 537	+ 20,0
1974	30 729	+ 15,8
1975	30 563	– 0,5

(Quellen: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 97 vom 31. 7. 1975, S. 915 ff.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)

Das rückläufige Lohnsteueraufkommen ist in erster Linie auf das verlangsamte Einkommenswachstum zurückzuführen. Doch auch die Reform der Einkommenssteuer bewirkt einen gewissen Entlastungseffekt, der jedoch infolge der Steuerprogression nicht lange anhalten dürfte.

Der tatsächliche Entlastungseffekt ist jedoch noch geringer, als es die Zahlen über das Lohnsteueraufkommen auf den ersten Blick erkennen lassen. Denn das oben aufgeführte Lohnsteueraufkommen ist die Differenz zwischen Steuerzahlungen und Steuerrückerstattungen, so daß die Ergebnisse insbesondere der ersten Halbjahre durch die Zahlungen aus dem Lohnsteuerjahresausgleich verzerrt sind.

Dabei waren die Rückerstattungen im ersten Halbjahr 1975 besonders umfangreich, einmal, weil die unsichere soziale Lage viele Berechtigte zu beschleunigter Antragstellung veranlaßt hat und zum anderen, weil Zeiten der Arbeitslosigkeit 1974 zu etwas umfangreicheren Rückerstattungen bei den Betroffenen führten.

Es wurden im ersten Halbjahr 1975 rund 5,7 Mrd. DM an zuviel gezahlter Lohnsteuer zurückerstattet, 11,8 Prozent oder rund 600 Mill. DM mehr als im gleichen Zeitraum 1974.

Rechnet man diese in der oben aufgeführten Tabelle berücksichtigten Rückzahlungen wieder heraus – das erst macht die effektiven Zahlungen vergleichbar –, so ergibt sich, daß auch 1975 die Lohnsteuerzahlungen absolut um etwa 430 Mill. oder 1,2 Prozent gestiegen sind – allerdings etwas langsamer als die Nominealeinkommen. Geht man davon aus, daß bei einem Lohnsteueranstieg proportional dem Wachstum der Summe der Arbeitseinkommen die Belastung gleichbleibt, dann beträgt der „Entlastungseffekt“ der Steuerreform bei einem – geschätzten – Einkommenszuwachs um durchschnittlich 5 Prozent etwa 1,4 Mrd. DM. Er ist also minimal. Diese Zahl ist allerdings nur vorläufig, da endgültige Ausgaben erst dann gemacht werden können, wenn auch der Umfang der Steuerrückerstattungen für das Jahr 1975 vorliegt.

Eine nennenswerte Entlastung ist nur im Umfang der Kindergeldzahlungen eingetreten. Der Bund Deutscher Steuerbeamten hatte diese Entwicklung schon Anfang 1975 vorausgesagt (vgl. HB. v. 14./15. 2. 75). Die Mehrleistung von Kindergeld wird aber voraussichtlich rund 4 Mrd. DM für 1975 betragen (ebd.), so daß sich der gesamte Effekt der groß angekündigten Steuerreform – geht man von der oben errechneten Zahl aus – auf rund 3,4 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1975 belaufen haben dürfte. Das sind knapp die Hälfte der Entlastungen (14 Mrd. DM für ganz 1975), die die Bundesregierung in Aussicht gestellt hatte.

In Anbetracht der Anfang 1975 gestiegenen Sozialabgaben dürfte von diesem geringen „Entlastungseffekt“ unter dem Strich kaum etwas übrig geblieben sein.

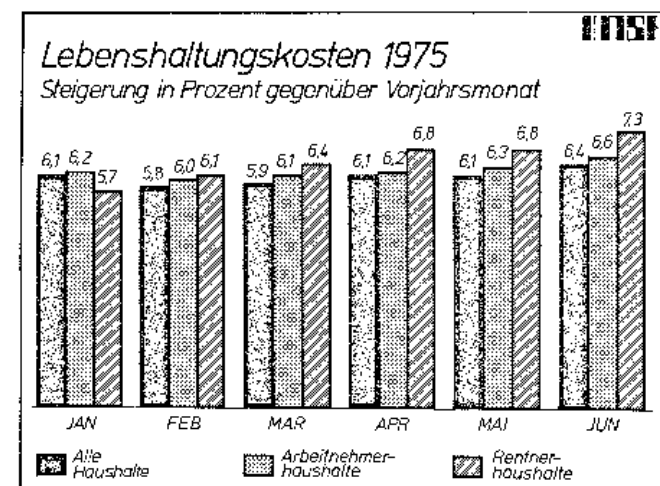
3.3 Preise

Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten in der BRD hat sich in den letzten Monaten wieder etwas beschleunigt.

Steigerung der Lebenshaltungskosten 1975 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat

	Alle Haushalte	Arbeitnehmerhaushalte	Rentnerhaushalte	Eines Kindes
Januar	+ 6,1	+ 6,2	+ 5,7	+ 7,1
Februar	+ 5,8	+ 6,0	+ 6,1	+ 7,3
März	+ 5,9	+ 6,1	+ 6,4	+ 7,0
April	+ 6,1	+ 6,2	+ 6,8	+ 7,6
Mai	+ 6,1	+ 6,3	+ 6,8	+ 8,3
Juni	+ 6,4	+ 6,6	+ 7,3	+ 8,8
Juli	+ 6,2	+ 6,3		

(Quellen: Wirtschaft und Statistik, 6/75, S. 396 f.; FAZ v. 9. 8. 1975)



Es wird deutlich, daß die Preiserhöhungen der gegenwärtigen Phase die niedrigeren Einkommensschichten überproportional belasten.

Dazu gehören in erster Linie die Lebensmittelpreise. Von Mai bis Juni verteuerten sich Nahrungsmittel um 5 Prozent gegenüber dem Vormonat. Insgesamt stiegen die Preise um 7,5 Prozent über den Vorjahresstand (Juni-Wert) (HB, v. 30. 7. 75). Die Ausgaben der privaten Haushalte für Nahrungsmittel, so teilte Bundesernährungsminister Ertl mit, lagen im Wirtschaftsjahr 1973/74 bei zusammen 122 Mrd. DM und machten damit ein Viertel der privaten Ausgaben aus. Haushalte mit niedrigen Einkommen müssen dagegen anteilmäßig wesentlich mehr für Lebensmittel aufwenden.

Anteil der Nahrungs- und Genußmittel an den Verbrauchsausgaben der Haushalte in Prozent 1974

Beamte und Angestellte mit höherem Einkommen	23,9
Arbeitnehmer mit mittlerem Einkommen	31,2
Rentner	38,7

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 7/75, S. 442)

Allein die Preissteigerungen für diesen Bereich werden im Jahresdurchschnitt die Haushalte mit zusätzlichen 9,2 Mrd. DM belasten, jedes Prozent Preissteigerung bedeutet hier einen Verlust von 1,2 Mrd. DM.

Die Verteuerung betrifft zwar stark saisonabhängige Güter, ist jedoch nicht spezifisch saisonbedingt. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Preiserhöhungsraten für saisonabhängige Nahrungsmittel mehr als verdoppelt.

Sie betragen (jeweils gegenüber dem Vormonat)

April 1974	+ 4,4 %	April 1975	+ 7,2 %
Mai 1974	+ 2,6 %	Mai 1975	+ 8,0 %
Juni 1974	+ 2,3 %	Juni 1975	+ 5,0 %

(Wirtschaft und Statistik, 7/75, S. 501)

Gegenüber dem Vorjahr waren teurer (Juli 1975):

Kartoffeln	+ 29,9 %
Tomaten	+ 40,3 %
Tafeläpfel	+ 57,0 %
Apfelsinen	+ 20,4 %

(FAZ v. 6. 8. 75)

Der zweite Bereich mit überproportionalen Preiserhöhungen sind die Mieten. Sie steigen, obwohl ein wichtiger „Kostenfaktor“, mit den Mieterhöhungen begründet wurden. Jetzt sinkt die Hypothekenzinsen. Die Zinssenkung am 1. 4. 75 um 0,5 Prozent allein müßte die Quadratmetermiete um 20 bis 30 Pfennig verbilligen. Am 1. 8. 75 wurde die Zinsen ein zweites Mal gesenkt. Doch die Wohnungskonzentration denken nicht daran, die Kostenentlastung entsprechend weiterzugeben.

Der Preisindex für Wohnungsmieten lag im Juni schon um 7 Prozent über dem Vorjahresstand. Besonders die Sozialwohnungen werden rasch teurer. Nach den monatlichen Erhebungen der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ war im Juli die Miete einer Zwei-Zimmer-Sozialwohnung 9,6 Prozent teurer als vor einem Jahr (FAZ v. 6. 8. 75).

Die Mieterhöhungen sind zudem im Förderungssystem des sozialen Wohnungsbaus einprogrammiert. Denn die öffentlichen „Aufwandszuschüsse“ werden degressiv, im Zeitablauf sinkend gewährt, so daß der Förderungsausfall durch Mieterhöhungen ausgeglichen wird. Nach 12 bis 14 Jahren – unterschiedlich nach Bundesländern – entfällt der öffentliche Zuschuß vollständig (Gesamverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, zit. in: HB, v. 1./2. 8. 75).

Während die Lebenshaltungskosten beschleunigt ansteigen, hat sich die Entwicklung der industriellen Erzeugerpreise verlangsamt. Insbesondere einige Zweige der Grundstoffindustrien, die durch den Export einbruch erhebliche Absatzverluste in Kauf nehmen mußten, scheitern die verbilligten Einkaufsmöglichkeiten für Rohstoffe teilweise an den Abnehmern weiterzugeben.

Ausgewählte Preisindizes 1975 in Prozent geg. Vorjahr

	Industrielle Erzeugerpreise	Großhandelsverkaufspreise	Einzelhandelsverkaufspreise
Januar	+ 10,5	+ 13,8	+ 8,2
Februar	+ 7,6	+ 11,1	+ 8,0
März	+ 6,2	+ 9,0	+ 7,5
April	+ 5,8	+ 8,2	+ 7,0
Mai	+ 4,9	+ 5,6	+ 6,7
Juni	+ 4,7	+ 5,9	+ 6,6

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 6/75, S. 422)

So sanken die Erzeugerpreise für Eisen und Stahl seit ihrem Höchststand im Oktober 1974 um 6,8 Prozent. Die Verbilligung der Grundstoffpreise wird jedoch überwiegend nicht weitergegeben.

Die Erzeugerpreise für Produkte der Stahlverformung stagnieren. Die Erzeugerpreise für Stahlbauerzeugnisse und Maschinen steigen rasch weiter, ebenso für Kraftfahrzeuge, Metallwaren usw. Einzelne Preissenkungen erreichen den Verbraucher praktisch nicht.

3.4 „Sparwelle“ und Massenkaufkraft

„In der Steigerung des privaten Verbrauchs liegt der Schlüssel für eine nachhaltige internationale Konjunkturbelebung.“ Diese These wurde in allen vorangegangenen „Infos“ vertreten. Der zitierte Satz stammt jedoch aus einer konjunkturellen Vorausschau der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) (zit. in: FAZ v. 22. 7. 75). Ähnlich heißt es in einem Bericht der OECD für die Bundesrepublik: „Als entscheidender Konjunkturimpuls soll die private Konsumnachfrage angeheizt werden“ (zit. in: FAZ v. 5. 8. 75). Ähnliche Vorlaufsarbeiten konnte man auch aus Regierungskreisen der BRD vernehmen (vgl. Info 2/75, S. 10).

Entsprechende Aufforderungen stehen jedoch im krassen Widerspruch zu der empfohlenen und praktizierten Lohnpolitik. Auch die OECD hält gleichzeitig eine Konsumbelebung und eine Reallohnsetzung für konjunkturell notwendig und begrüßt die Tatsache, daß der „Lohnauftrieb“ auf 6,1 Prozent begrenzt wurde (FAZ v. 5. 8. 75).

Der Hinweis auf die „Sparwelle“ der privaten Haushalte soll nun dazu dienen, um den offensichtlichen Widerspruch dieser konjunkturellen Rezepte zu lösen. Die FAZ meint: „In der Tat, an Kaufkraft mangelt es gegenwärtig nicht“ (20. 6. 75). Lohnerhöhungen, so das Fazit, seien

also nicht notwendig, ein anderes Sparverhalten genüge zur Belebung der Verbrauchsnachfrage.

Tatsächlich ist im ersten Halbjahr 1975 ein rascher Anstieg der Spartätigkeit – in erster Linie bei den einfachen Sparkonten – festzustellen. Obwohl genau statistische Unterlagen nicht vorliegen, ist das Konspensparen die bevorzugte Sparform der Arbeiter und Angestellten. Daher wird aus dem Anwachsen der Spareinlagen der Schluß gezogen, daß es sich dabei um Konsumzurückhaltung der Bezieher von Arbeitseinkommen handelt.

Zugang von Einlagen¹ bei den Kreditinstituten

	Spareinlagen in Mill. DM	Veränderung in Mill. DM geg. Vorjahr	Termingelder in Mill. DM	Veränderung in % geg. Vorjahr
1974, 3. Vj.	+ 2 667	- 5 436	- 3 666	- 14 258
4. Vj.	+ 23 354	+ 6 589	+ 6 222	+ 548
1975, 1. Vj.	+ 10 581	+ 9 430	- 7 985	- 9 323
April	+ 8 582	+ 7 862	- 3 311	- 8 690
Mai	+ 5 653	+ 4 351	- 5 530	- 4 538
Juni ²	+ 3 000	+ 2 100		

¹ Der Unternehmen und Privatpersonen

² Geschätzt

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/75, S. 10*1.)

Der Zugang an Spareinlagen war also in den ersten 5 Monaten des Jahres 1975 um fast 22 Mrd. DM höher als in der vergleichbaren Zeit des Vorjahres. Doch sind die Zugänge auf den Sparkonten nicht nur zusätzliche Ersparnisse. Denn teilweise wurden lediglich die Sparformen umgeschichtet. So wurden Termingelder, d. h. Einlagen mit fester Laufzeit, im Umfang von mehr als 22 Mrd. DM weniger angelegt als in den ersten 5 Monaten 1974, d. h., es wurden 22 Mrd. mehr „entspart“.

Im betrachteten Zeitraum wurden, das teilt auch der Deutsche Sparkassen- und Giroverband mit, „gleichzeitig auch erhebliche Umbuchungen von Termingeldern auf Sparkonten vorgenommen“ (zit. in: HB, v. 7. 8. 75).

Der Zuwachs der Spareinlagen kann also nicht – wie in der Wirtschaftspresse häufig praktiziert – als Indiz für die „Kaufunwilligkeit“ der Bezieher von Arbeitseinkommen behandelt werden.

Auch die gestiegene Sparquote stützt diese Annahme nicht. Zwar wuchs der Anteil der privaten Ersparnisse am verfügbaren Einkommen von 14,8 Prozent 1974 auf 16,5 Prozent im ersten Quartal 1975 (FAZ v. 30. 7. 75), doch sagt diese Zahl nichts darüber aus, ob sie aus Arbeitseinkommen oder aus Gewinnen gespart wurden und ob sie auf Kosten des Konsums oder auf Kosten der Investitionstätigkeit gehen. Zu einem erheblichen Teil spiegelt sich in der wachsenden Ersparnisbildung auch die Praxis der Unternehmer wider, weniger zu investieren und die Gewinne den Betrieben zu entnehmen.

Schließlich muß auch darauf hingewiesen werden, daß die Lohnsteuererzhälter im ersten Halbjahr 1975 relativ hohe Rückzahlungen aus dem Lohnsteuerjahresausgleich erhalten haben. Diese Summen wurden zu einem großen Teil gespart, da die allgemeine wirtschaftliche Lage vergrößerte Rücklagen geraten erscheinen läßt. Es handelt sich dabei jedoch um einmalige Zahlungen, die ohnehin keine dauerhafte Konsumbelebung bewirken würden.

Ein erheblicher Teil der zusätzlichen Ersparnisse der Lohn- und Gehaltsbezieher dürfte also aus solchen einmaligen Einzahlungen bestehen. Diese Annahme wird gestützt durch die Tatsache, daß die Spartätigkeit seit dem Juni nachläßt, nachdem der größte Teil der 1974 zuviel gezahlten Steuern zurückerstattet wurde.

Insgesamt ändert also auch die „Sparwelle“ nichts an der Tatsache, daß bei den Trägern der Konsumausgaben, vor allem den Arbeitern und Angestellten, keineswegs genügend Kaufkraft vorhanden ist. In ihrem Konsumverhalten orientieren sie sich zudem an ihren laufenden und erwarteten regelmäßigen Einkommen, so daß auch einmalige Sonderzahlungen wie der Lohnsteuerjahresausgleich kaum in Nachfrage nach Konsumgütern umgewandelt werden.

Der einzige Weg zur nachhaltigen Stärkung der Verbrauchsausgaben ist daher – daran führt kein Weg vorbei – die Erhöhung der realen Arbeitseinkommen. Jede Form der „Lohnpause“ muß die Krise weiter verlängern.

Das trifft sowohl für den FDP-Vorschlag eines absoluten Nominallohnstopps als auch für die „Überlegungen“ der BDA über eine „Kostenpause“ zu.

Aber auch einige Äußerungen des Bundesvorsitzenden des DGB, Heinz-Oskar Vetter, können nicht als Beitrag zur dringend notwendigen Kaufkraftstärkungen verstanden werden.

Auf die Frage, ob nicht ein Ausgleich für die Geldentwertung lohnpolitisch ausreichend sei, antwortete er: „Ich wäre nicht bange, dies den autonomen Einzelgewerkschaften vorzuschlagen, wenn das in ein größeres Konzept einer allgemeinen Bereitwilligkeit hineinpassen würde, den Preisauftrieb zu bremsen und wieder mehr zu investieren“ (Der Spiegel, Nr. 31/75, S. 22). Bekanntlich wurde aber schon mit den letzten Tarifabschlüssen ein „Ausgleich für die Geldentwertung“ nur knapp erreicht, so daß eine reale Lohnpause bereits existiert.

Trotz dieser „maßvollen“ Abschlüsse hat sich die Krise verschärft. Heinz-Oskar Vetter sei daran erinnert, was z. B. der „Gewerkschafter“ noch Ende 1974 formulierte: Die Tarifpolitik kann einen konjunkturellen Umschwung „unter den gegebenen Bedingungen wirkungsvoll unterstützen – durch eine tarifpolitische Strategie, die sich nicht mit dem Ausgleich von Kaufkraftverlusten durch die allgemeinen Preissteigerungen zufriedengibt, sondern darüber hinaus auch eine Beteiligung der Arbeitnehmer am absehbaren gesamtwirtschaftlichen Produktionszuwachs anstrebt“ (Der Gewerkschafter – Monatszeitschrift für die Funktionäre der IG Metall, Nr. 12/1974, S. 25).

3.5 Soziale Demontage

„Geringes Wachstum, kleinere Verteilungsspielräume und knappe Kassen im öffentlichen Sektor fordern Politik und Gesellschaft heraus. Ansprüche und Leistungsvermögen wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Wir brauchen einen neuen sozialen Realismus, um eine Konsolidierung der Verhältnisse zu erreichen und damit die Qualität des Sozialen zu verbessern.“ Nicht „soziale Demontage“, sondern eine „Entschlackungskur im Interesse von sozialer Sicherheit“ sei dabei das Ziel (zit. in: HB, v. 22. 5. 75).

Diese gewundenen Formulierungen können als Startschuß für eine Kampagne betrachtet werden, die das Kernstück des „Sozialstaates“, das System der sozialen Sicherung der BRD, zum Angriffspunkt hat. Sie stammen aus dem Munde von Hanns-Martin Schleyer, Präsident der BDA, und wurden auf der Geschäftsführerkonferenz dieses Verbandes im Frühjahr geäußert.

Diese Kampagne wird unterstützt und gefördert von den Massenmedien, von den Bonner Parteien, von den Unternehmern und von der „Wissenschaft“.

Mit Vorliebe wird dabei an echten oder vermeintlichen Privilegien von sozialen Gruppen angeknüpft, die sich ohnehin in der breiten Öffentlichkeit keiner großen Beliebtheit erfreuen: Beamte und Angehörige des öffentlichen Dienstes, Landwirte und bestimmte Gruppen von Freiberuflern. Angebliche Fälle von „Mißbrauch“ sozialer Leistungen – vor allem gezielt auf die Arbeitslosen – werden ausgebreitet. Das Ziel dieser Kampagne ist aber das gesamte System der sozialen Leistungen. Stimmungen sollen erzeugt werden, in denen ein Widerstand gegen die soziale Demontage keine Chance mehr hat.

Einzelne Gruppen der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten sollen so gegeneinander ausgespielt werden, während der gemeinsame Hauptgegner, das Großkapital, aus dem Blickfeld geraten soll. Die Milliardenvergünstigungen in diesem Bereich werden von vornherein aus der Diskussion über das „Sparen“ herausgehalten.

Dazu gehört auch die Praxis, ständig neue „Denkmodelle“, „Überlegungen“ und „Meinungen“ in die Diskussion zu bringen, auch wenn

diese Vorschläge oft bewußt unsinnig sind. Zu dieser Kategorie gehört z. B. der Vorschlag, Raucher und Trinker mit einem „Malus“, d. h. mit einem Zuschlag zum Krankenkassenbeitrag zu belegen – was nicht nur unrealisierbar ist, sondern auch keineswegs kostenmindernd wäre.

Damit wird die Öffentlichkeit psychologisch auf Maßnahmen vorbereitet, die die Sozialleistungen insgesamt einschränken.

Weit fortgeschritten sind die Absichten des **Bundesarbeitsministeriums** zur Einschränkung der Leistungen im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes.

– Der Begriff der „zumutbaren Arbeit“ soll ausgedehnt werden. Einem Arbeitslosen, der eine ihm angebotene „zumutbare Arbeit“ ablehnt oder von sich aus kündigt, wird beim ersten Mal die Unterstützung für 4 Wochen, beim zweiten Mal ganz gestrichen. Nach Auskunft des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit (BfA). Stingl, wurden zwischen Januar und Juli 1975 rund 100 000 Sperrungen verhängt (Stingl am 5. 8. 75). Im Bundesarbeitsministerium wird nun ein Entwurf ausgearbeitet, der den Begriff „weiter fassen“ soll, und zwar hinsichtlich der Qualifikation, der Arbeitswege und der Bezahlung der „zumutbaren Arbeit“. Dabei wird schon heute die Praxis verschärft. Zumutbar, so Stingl, ist jede tariflich entlohnte Arbeit, auch wenn sie dem Arbeitslosen einschneidende Lohneinbußen bringen würde. Damit wird die BfA zu einem Instrument, das den Unternehmern den raschen Abbau über-tariflicher Lohnbestandteile erleichtert.

– Umschulungen sollen erheblich erschwert werden. Im gleichen Entwurf soll bei Umschulungen aus „arbeitsmarktpolitischen Gründen“ – d. h. bei Berufen, die nicht mehr gebraucht werden – die Umschulungsbeihilfe auf 80 bis 85 Prozent des Nettogehaltes gekürzt werden (zur Zeit noch 90 Prozent). Für Umschulungen, bei denen das „Eigeninteresse“ überwiegt – wenn sich jemand in seinem Beruf weiterqualifizieren möchte –, sollen nur noch 58 Prozent gezahlt werden. Falls der Umschüler noch keiner versicherungspflichtigen Tätigkeit nachgegangen ist, sollen Umschulungsbeihilfen nur als Darlehen gewährt werden.

– Bundesminister Arendt möchte auch die dynamisierte Rente „überdenken“, weil bei prozentualen Zuwächsen die höheren Renten absolut stärker steigen. Allerdings geht diese Überlegung nicht in die Richtung auf eine Anhebung der kleinen Renten, sondern eine Kürzung der Zuwächse der höheren Renten. In der „Überlegung“ sind Zu- und Abschlagsysteme und einheitliche Sockelbeträge (Extra-Dienst v. 8. 8. 75). (Insgesamt sollen die Rentenzuwächse vermindert werden. Gefährlich ist bei diesem Vorschlag insbesondere, daß das Prinzip der dynamischen Rente ausgehöhlt wird.)

In eine ähnliche Kerbe haute der „**Bund der Steuerzahler**“:

– die Arbeitslosenunterstützung soll sich nicht am bisherigen Effektivverdienst, sondern am Tariflohn orientieren (HB, v. 13. 8. 75).

Besonders umfangreich sind die Vorstellungen der **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)**. Die BDA möchte die Höhe der Sozialbeiträge begrenzt wissen und schlägt daher ein umfangreiches Programm des sozialen Abbaus vor. Außerdem möchte sie einen Teil der Kosten auf die öffentlichen Haushalte überwälzen. Da sie gleichzeitig eine heftige Kampagne zur steuerlichen Entlastung der Unternehmen führt, plädiert sie faktisch für eine stärkere Belastung der Arbeiter und Angestellten.

Nur die wichtigsten Kürzungsvorstellungen seien genannt (zit. nach der Denkschrift: „Soziale Sicherung unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen“ vom Juli 1975):

– „Es sollte auch die Frage einer Eigenbeteiligung des Versicherten an den Krankheitskosten neben der Solidarhilfe erneut vorurteilsfrei geprüft werden“ (S. 28). Während der Zeit der Lohnfortzahlung „erschiene eine Eigenleistung der Versicherten für sich und seine Angehörigen an den Krankheitskosten wirtschaftlich vertretbar“ (S. 28).

– Die Verweildauer in den Krankenhäusern soll gekürzt werden, in Verbindung mit einer „bedarfsorientierten Anpassung der Bettenzahl“ (S. 26).

– Der behandelnde Arzt soll die Dauer der bescheinigten Arbeitsunfähigkeit kürzer bemessen und den Patienten früher und häufiger zu Nachuntersuchungen bestellen. (Wo das vehemente Eigeninteresse

der Unternehmer auf dem Spiel steht, wird den Ärzten auch kostensteigernde Mehrarbeit zugemutet.)

– Kuren sollen nur in „sozialmedizinisch notwendigen Fällen“ gewährt werden.

– Die Rentenversicherungen sollen bei Rehabilitationsmaßnahmen „Möglichkeiten einer Eigenbeteiligung der Versicherten in Erwägung ziehen.“ z. B. teilweise Anrechnung auf den Jahresurlaub.

– Ebenso wie Walter Arendt fordert die BDA bei Umschulungsmaßnahmen im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) „eine gemessene Eigenbeteiligung“ (S. 31).

Einen Katalog einschneidender Maßnahmen stellt auch die vor wenigen Wochen bekanntgewordene „**Fallstudie**“ der SPD zur Debatte. Sie ist besonders geschickt aufbereitet, weil sie den Anschein erweckt, als ginge es um die ungerechtfertigten Privilegien weniger. Tatsächlich aber wird nahezu das gesamte bisherige System in Frage gestellt. Die vorgesehene Streichung von Privilegien des Establishments und angestrebender Gruppen – wie z. B. die Ministerialzulage – stellt sich eine „Randverzierung“ dar, die den Angriff auf den bisherigen Sozialstatus der Massen der Arbeiter, Angestellten und Rentner psychologisch erleichtern soll. Konzernsubventionen, Rüstungshaushaltsausgaben für die sogenannte „Innere Sicherheit“ werden jedoch verschont.

Die Studie teilt die sozialen Leistungen in drei Gruppen ein: in „fragwürdige“, „im großen und ganzen nicht fragwürdige“ und in „schwer zurechenbare“.

Zu den „fragwürdigen“, bei denen Streichungen angebracht sein gehören:

– die Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Dienst mit der Konsequenz, daß Beamte auch Beiträge zur BfA zahlen müßten (es geht dabei schlicht um eine zusätzliche finanzielle Belastung aller Beamten, nicht nur der besser verdienenden. Von einer größeren Arbeitsplatzsicherheit kann ebenfalls nicht für alle im öffentlichen Dienst beschäftigten Gruppen gesprochen werden. So sind z. B. etwa 50 Prozent der Beschäftigten der Bundespost Arbeiter und Angestellte. Jedoch sind bei ihnen nur 10 Prozent der Arbeiter und 15 Prozent der Angestellten „unkündbar“).

– die Regelbeförderung der Beamten,
– die Wohnungsfürsorge des Bundes für öffentlich Bedienstete, z. B. Familienheimdarlehen,
– Beihilfen des öffentlichen Dienstes im Krankheitsfall,
– Ausbildungsförderung, Graduiertenförderung und die Ministerialzulage im öffentlichen Dienst,
– System der Agrarmarkordnung, soweit es die Einkommensstützung der Landwirte betrifft,
– „Fehlbelegung“ im sozialen Wohnungsbau.

– Arbeitsförderung, Schlechtwettergeld und berufliche Bildungsmaßnahmen,

– Altershilfe für Landwirte,
– Steuerersparnisse bei Beziehern höherer Einkommen durch Anerkennung von „Betriebsaufwand“ (hier zeigt sich der demagogische Charakter der Vorschläge, denn gleichzeitig wurden den Unternehmern in 9 Monaten mehr als 8 Mrd. DM „Investitionszulage“ geschenkt),
– staatliche Sparförderung.

Auch bei den „schwer zurechenbaren“ Leistungsarten werden Kürzungen ins Auge gefaßt, so z. B. „einige Verfahren und teilweise die Höhe bei der Arbeitslosenversicherung“ (zit. nach: HB, v. 23. 7. 75).

Prof. **Bruno Molitor** (Verteilungstheoretiker) schlug vor:

– die Lohn- und Gehaltsfortzahlung in den ersten sechs Krankheitswochen soll von 100 auf 90 Prozent herabgesetzt werden,
– Arzneimittelkosten sollen aus dem Sachleistungssystem der Krankenkassen herausgenommen werden (Wirtschaftswoche Nr. 30/75, S. 21; DVZ v. 24. 7. 75).

Der **rheinland-pfälzische Finanzminister Gaddum** meinte: „Man kann vor keinem Ausgabenblock generell zurückzucken.“ Allerdings hatte er dabei nicht etwa den Verteidigungshaushalt im Auge, sondern nur die Sozialausgaben:

– das Wohngeld hat seiner Meinung nach eine „unsinnige Größenordnung“ erreicht. „Wenn wir diese Aufwendungen weiter steigern, läuft dies letztlich darauf hinaus, daß wir dem Bürger, und zwar demselben Bürger, über Steuern Geld abnehmen, das wir ihm als Wohngeld wieder zustecken“ (eigentlich soll das Wohngeld ein Ausgleich für die in die Höhe getriebenen „Kosten“ im Wohnungsbau sein, von denen Grundstückseigner, Hypothekenbanken und Bauunternehmen profitieren).

– die Folgekosten sozialer Investitionen sollten verstärkt durch Gebühren gedeckt werden, d. h. die Bürger sollen stärker zur Kasse gebeten werden (HB, v. 3. 7. 75).

Professor Burgbacher von der CDU möchte die Arbeitslosigkeit mit einem altbekannten Rezept bekämpfen:

– „Ich bin dafür, daß jeder in der Woche drei Stunden ohne Bezahlung mehr arbeitet“ (Aktiv v. 1. 6. 75). (Dieser Vorschlag kommt einem „Arbeitsdienst“ nahe.)

Professor Hettlage, Präsident des Ifo-Instituts und ehemaliger Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, zählte unter anderem folgende Sparmöglichkeiten auf:

– grundsätzlich keine Vermehrung von Personalstellen im öffentlichen Bereich,

– „strengere Grundsätze“ für das Gesundheitswesen,

– „Überprüfung der Auswirkungen des Arbeitsförderungsgesetzes und des Ausbildungsförderungsgesetzes“,

– „Beseitigung der Sparförderung oder wenigstens eine wesentliche Einschränkung“,

– „Übergang von der Objektförderung zur Subjektförderung“ im sozialen Wohnungsbau (Blick durch die Wirtschaft v. 4. 8. 75). (Damit wird der „soziale Wohnungsbau“ faktisch völlig beseitigt.)

Der bisher jüngste umfassende Kürzungsvorschlag stammt vom **wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium**. Neben umfangreichen Steuererhöhungen (jedoch erst als „Ultima Ratio“) werden u. a. folgende Kürzungen vorgeschlagen:

– in der Bildungspolitik würden „einzelne Bildungsstufen mit hohem Kostenaufwand überproportional gefördert“ (Oberschulen).

– im Gesundheitswesen könnte durch „die Einführung einer angemessenen Selbstbeteiligung sowie die Revision der Bestimmungen über Beihilfen an öffentlich Bedienstete ... eine Einschränkung der ... Inanspruchnahme erreicht werden“,

– die Sparförderung ist zu „überprüfen“,

– bei der Ausbildungsförderung soll die „Effizienz“ untersucht werden,

– im öffentlichen Dienst sollen Verbesserungen der Besoldungsstruktur ausgesetzt werden,

– „die öffentlichen Betriebe und Anstalten sollten eine Finanz- und Tarifpolitik betreiben, welche die volle Kostendeckung einschließlich Abschreibungen und Kapitalverzinsung (also Gewinn, d. V.) anstrebt“,

– „die individuelle Kostenbeteiligung bei der Inanspruchnahme von Leistungen der Rentenversicherung – z. B. Kuren – ist beispielsweise zu überprüfen“. Vor allem sollen die Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung gebremst werden (HB, v. 11. 8. 75).

Der Katalog der Kürzungsvorschläge ist durchaus noch nicht vollständig, und laufend werden neue „Denkmodelle“ geboren.

Doch es bleibt nicht bei „Denkmodellen“. Auf allen Ebenen wird gekürzt und eingeschränkt. Das reicht von der Nichteinstellung von Lehrern, trotz wachsendem Bedarfs – die Qualität des Bildungssystems wird verschlechtert –, bis zur Streichung von Zulagen in den Betrieben.

Die Mietsteigerungen im sozialen Wohnungsbau in Verbindung mit der starren Obergrenze beim Wohngeld stellen einen permanenten sozialen Abbau dar. (Vgl. Gesamtverband der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, zit. in: HB, v. 12. 8. 75.)

Die „Sparpolitik“ der öffentlichen Hand ähnelt zudem immer mehr den Brüning'schen Wirtschaftspolitik der Weltwirtschaftskrise vor 1933.

Auch Brüning hatte versucht, durch rigorose Kürzung der Sozialausgaben den Staatshaushalt zu sanieren und hatte dadurch die Krise verschärft.

Die Kampagne gegen das System der sozialen Sicherung ist kaum weniger gefährlich als die Parole der „Lohnpause“. Denn sie versucht, an dem Unwillen gegen die ständig steigenden Sozialabgaben anzuknüpfen und sich so „arbeitnehmerfreundlich“ zu geben. Die SPD-Fallstudie ist ein Musterbeispiel dieser demagogischen Praxis. Tatsächlich aber geht es darum, die sozialen Lasten umzuverteilen.

Durch „Eigenbeteiligung“ und ähnliche Vorschläge sollen die unmittelbar Betroffenen stärker belastet werden, während das System der sozialen Sicherung im ganzen von Unternehmern, Staat und Versicherten finanziert wird. (Allerdings sind dabei Überwälzungsprobleme zu beachten.) Es geht um eine Entlastung der Unternehmen. Das gilt auch dort, wo formal der Staat entlastet werden soll, z. B. im Bereich des Wohngeldes und des sozialen Wohnungsbaus. Denn gleichzeitig fordert der BDI kategorisch „Verbesserungen in der Unternehmensbesteuerung“ (BDI-Jahresbericht 1974/75, S. 17). Dabei findet er sich in Übereinstimmung mit Bundeswirtschaftsminister Friderichs, der auf der BDI-Jahresversammlung im Juni eine „Entkrampfung der Ertragslage“ für notwendig erachtete (zit. in: HB, v. 12. 6. 75).

Wenn der BDI die „Konsolidierung des Systems der sozialen Sicherung und Ermutigung zur weiteren individuellen Vorsorge“ fordert (Jahresbericht, S. 9), dann meint er in Wirklichkeit die „Konsolidierung und Sicherung“ der Unternehmerprofite – in Übereinstimmung mit Regierung und CDU/CSU-Opposition.

3.6 Arbeitslosigkeit

Der Abbau der Beschäftigung entwickelt sich gegenwärtig rasant, ohne daß die ausgewiesene Arbeitslosigkeit entsprechend ansteigt

Beschäftigung (in 1000 Personen¹⁾)

		Abhängig in 1000	Beschäftigte in % geg. Vorjahr	darunter: Industrie	
				in 1000	in % geg. Vorjahr
1974,	1. Vj.	22 247	– 0,6	8 232	– 1,4
	2. Vj.	22 205	– 1,5	8 162	– 2,3
	3. Vj.	22 145	– 2,5	8 126	– 3,6
	4. Vj.	21 855	– 3,4	7 908	– 5,0
1975,	1. Vj.	21 393	– 3,8	7 722	– 6,2
	April	–	–	7 681	– 6,4

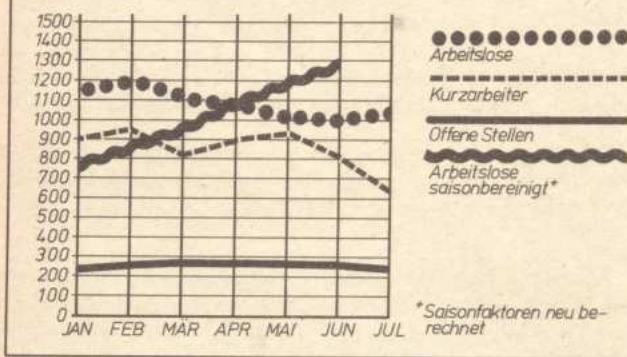
¹ Jeweils zum Quartalsende
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/75, S. 63*)

Zwischen dem Beschäftigungshöhepunkt im September 1973 und März 1975 ist die Zahl der Beschäftigten um 1,3 Mill. gesunken, davon entfielen rund 700 000 auf die Industrie.

Die Arbeitslosenzahlen nehmen inzwischen auch wieder absolut zu, der saisonbedingte Rückgang im Frühjahr war mit 180 000 ungewöhnlich gering.

Arbeitsmarkt 1975 in Tausend

IMSF



Die Abschwächung bei den Kurzarbeiterzahlen dürfte auf die in den Sommermonaten verbreiteten Betriebsferien zurückzuführen sein. In NRW nahm die Kurzarbeiterzahl im Juni noch leicht zu, im Juli nahm sie nur leicht ab. Die Ursache dieser Sonderentwicklung ist der späte Schulferienbeginn im Juli. (Die Kurzarbeiterzahlen stammen jeweils aus der Monatsmitte.)

Arbeitsmarkt 1975 (In 1000 Personen)

	Arbeitslose	Zunahme geg. Vorj.	Kurzarbeiter	Zunahme geg. Vorj.	Offene Stellen	Zunahme geg. Vorj.	Arbeitslose saisonbereinigt ¹
Januar	1 154	+ 533	901	+ 633	221	- 87	766
Februar	1 184	+ 564	957	+ 648	246	- 85	845
März	1 114	+ 552	813	+ 557	261	- 88	947
April	1 087	+ 570	900	+ 689	262	- 99	1 070
Mai	1 018	+ 561	922	+ 699	264	- 103	1 188
Juni	1 002	+ 551	804	+ 609	263	- 111	1 278
Juli	1 035	+ 544	649	+ 508	256	- 97	-

¹ Saisonfaktoren neu berechnet

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/75, S. 8 und 63*)

Inzwischen verlängert sich auch die Dauer der Arbeitslosigkeit für den einzelnen.

Dauer der Arbeitslosigkeit in Prozent der Gesamtzahl

	Mai 1974	Mai 1975
Bis 3 Monate	49,4	40,7
3 bis 6 Monate	27,1	27,3
Über 6 Monate	23,5	32,0

(Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, zit. in: Frankfurter Rundschau v. 6. 8. 1975)

Die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit werden mit zunehmender Dauer immer härter; auch die materielle Lage der Arbeitslosen verschlechtert sich. Entgegen den Behauptungen der laufenden Kampagne gegen die Arbeitslosen ist der Verlust des Arbeitsplatzes durchaus auch mit erheblichen materiellen Härten verbunden.

Von den gegenwärtig 1 035 000 Arbeitslosen erhalten 358 000 oder 34,6 Prozent keinerlei Unterstützung. (Bei 125 000 sind die Anträge noch unbearbeitet.) Nur 677 000 erhalten überhaupt eine Unterstützung. Immer mehr Arbeitslose werden „ausgesteuert“, d. h., sie erhalten nur noch Arbeitslosenhilfe. Zu dieser Gruppe gehören gegenwärtig 104 000 Personen, 15,4 Prozent der Unterstützungsempfänger. (Im Januar waren es nur 8,7 Prozent.) Nur 55 Prozent aller Arbeitslosen erhalten also das Arbeitslosengeld in Höhe von 68 Prozent des Nettoeinkommens. Die Bezieher von Arbeitslosenhilfe erhalten höchstens 58 Prozent.

Zudem sind sie einer diskriminierenden „Bedürftigkeitsprüfung“ unterworfen. Dabei werden sowohl Renten als auch eigenes Vermögen, z. B. Ersparnisse bis 3000 DM, angerechnet. Angerechnet werden auch die Einkommen der Verwandten 1. Grades, die im gleichen Haushalt leben, soweit ihr Verdienst 75 DM die Woche übersteigt. Auch die Einkommen z. B. von Großeltern, die nicht im eigenen Haushalt leben, können herangezogen werden. Infolgedessen wird die Arbeitslosenhilfe selten voll gezahlt, insbesondere arbeitslose Jugendliche und Ehepartner (meist Ehefrauen), die in einem Haushalt mit einem Beschäftigten leben, erhalten oft nichts. In der Konsequenz werden weibliche und jugendliche Arbeitslose doppelt diskriminiert.

Bezieher von Arbeitslosenunterstützung in Prozent der Gesamtzahl (Januar 1975)

Gesamt	Männer	Frauen	bis 24 Jahre	25 bis 44 Jahre	45 Jahre und mehr
67,3 %	74,6 %	59,9 %	57,5 %	66,7 %	77,4 %

(Quelle: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 2/75, S. 8)

Doch auch die Unterstützungsempfänger sind nicht auf Rosen geteigt. Die durchschnittliche Unterstützung beträgt nach einer Befragung der Bundesanstalt für Arbeit etwa 160 DM wöchentlich. Arbeitslose Haushaltungsvorstände beziehen 190 DM. Die Haushaltseinkommen der Arbeitslosen – also die Einkommen von Haushalten, in denen ein oder mehrere Personen arbeitslos sind – sanken von durchschnittlich 1640 DM auf 1250 DM monatlich. Diese Durchschnittsrechnung ist jedoch irreführend. Sieht man einmal von den untersten Einkommensschichten ab – unter 1250 DM Haushaltseinkommen –, so beträgt der Einkommensverlust ungefähr 500 DM (Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, a. a. O.).

Für die große Masse der Arbeitslosen ist der Verlust des Arbeitsplatzes also mit einschneidenden Verschlechterungen ihrer sozialen Lage verbunden. Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto drückender wird auch die materielle Lage. Es kann also keine Rede davon sein, daß eine nennenswerte Zahl der Betroffenen „freiwillig arbeitslos“ sei wie es die FAZ in einem Kommentar behauptete (22. 7. 75).

Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit wird nach Feststellung des Instituts erst im Frühjahr 1976 mit 1,4 bis 1,5 Mill. Arbeitslosen erreicht sein. Aber auch bei einem Aufschwung mit Wachstumsraten von 4 bis 5 Prozent wird die Arbeitslosenzahl 1976 im Jahresdurchschnitt über dem Stand von 1975 (1,1 Mill.) liegen (Wirtschaftskonjunktur 7/75). Bundeswirtschaftsminister Friderichs: „Es wird also ein verhältnismäßig starker und lang – d. h. 2 bis 3 Jahre – anhaltender konjunktureller Aufschwung notwendig sein, um wieder einen hohen Beschäftigungsstand zu erreichen“ (zit. in: HB. v. 12. 8. 75).

Ein solcher Aufschwung aber ist kaum wahrscheinlich. Infolgedessen muß auch für die kommenden Jahre mit einer Arbeitslosigkeit um die Millionengrenze gerechnet werden.

Somit wird sich für eine wachsende Zahl von Arbeitslosen die materielle Situation verschärfen. Schon für Herbst und Winter 1975 wird deshalb der Kampf um den Schutz der Arbeitslosen vor materieller Verelendung eine erstrangige Aufgabe für alle auf dem Boden der Interessen der Arbeiterklasse wirkenden Kräfte.

Die Lohnauseinandersetzungen in diesem Jahr und der Kampf um Erhaltung von Arbeitsplätzen und gegen Sozial- und Personaldemonstrationen im öffentlichen Bereich setzen nicht nur allgemein wichtige Daten für die Wirtschaftsentwicklung im nächsten Jahr, sondern ihr Ausgang bestimmt auch wesentlich das dann erreichbare Beschäftigungsniveau.

Statistische Begriffe und Abkürzungen

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Maßziffer, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basiszeitraum meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich 1963 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1969 gegenüber 1962 auf 131,2 % und 1969 gegenüber 1962 auf 147,6 % gestiegen. Gegenüber 1968 ist die Produktion 1969 um 16,4 % indexpunkts gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5 %, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100, gesetzt wird.

Tsd. = Tausend; Mio. = Million; v. H. = von Hundert (auch %); HJ. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt; NSP = Nettosozialprodukt

Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl „-“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder nicht ins Gewicht; steht anstatt der Zahl „-“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist nicht ermittelt.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstraße 6

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Köln

Abschlußtermin dieses Berichts: 14. 8. 1975 – Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/Main, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 25,- DM (einschl. Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,- DM (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 404 Neuss, Xantener Straße 7.